

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, für Haus, bei Postbestellung 1,80 RM, zusätzlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Kopie. Alle Postankunden, Verleger und Geschäftsstellen sind ersucht, die Abrechnung über den Bezugspreis zu stellen. — Abrechnung eingetragener Geschäftsstellen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8 Spalten 20 Zeilen, die 4 Spalten 20 Zeilen, die 2 Spalten 20 Zeilen, die 1 Spalte 20 Zeilen. Nachverrechnung 20 Reichspennen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 274 — 91. Jahrgang — Liegt.-Abz.: „Amtsblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postbez.: Dresden 2641 — Mittwoch, den 23. November 1932

## Rings um den Wilhelmsplatz.

Mit unverändert starkem Interesse wird rings um den Berliner Wilhelmsplatz die Weiterentwicklung der innenpolitischen Verhältnisse verfolgt. Auf das Ersuchen des Reichspräsidenten an Adolf Hitler als den Führer der stärksten Reichstagspartei, festzustellen, ob dieser für eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden könnte, hatte — nach der amtlichen Darstellung — Hitler zwar zugestimmt, er werde bereits am Montag nachmittag, also binnen einiger Stunden, antworten, aber diese Antwort bestand in — Rückfragen an Hindenburg. Und dadurch konnte man eine vorhergehende, aus nationalsozialistischen Kreisen stammende Andeutung für zutreffend halten, wonach dem Auftrag des Reichspräsidenten an Hitler „eine Anzahl präsidialer Vorbehalte“ beigefügt worden seien. Auf diese Vorbehalte bezogen sich die Rückfragen des nationalsozialistischen Führers, auf die er dann am Dienstagmittag eine wieder schriftlich gestellte Antwort erhalten hat. Infolge dieses „Schriftwechsels“ zwischen „Kaiserhof“, wo Hitler wohnt, und dem Reichkanzlerpalais, wo der Reichspräsident Wohnung genommen hat, führte zunächst zu einer vierundzwanzigstündigen Verzögerung der endgültigen Antwort Hitlers an Hindenburg.

So war der äußere Fortgang der Dinge, und man erhebt schon daraus, daß es hierbei zunächst auf die „präsidialen Vorbehalte“ ankam. Genaueres über sie war, als zuerst von den Nationalsozialisten darüber die erwähnte Andeutung veröffentlicht wurde, aber nicht zu erfahren, da das sie enthaltende Schreiben Hindenburgs im Wortlaut nicht bekanntgegeben ist. Trotzdem wurden Vermutungen über den Inhalt dieser „präsidialen Vorbehalte“ sofort oder doch sehr bald zum Gegenstand eifriger Diskussionen, die immer natürlich darauf abzielten, wie denn Hitler und die Führung der Nationalsozialistischen Partei sich dazu einstellen würden. Dabei muß aber stets auf den Wortlaut des an Hitler erteilten Auftrages zurückgegangen werden, daß er eine „arbeitsfähige sichere Reichstagsmehrheit“ mit einheitlichem Arbeitsprogramm zusammenbringen sollte, einem Arbeitsprogramm, das aber naturgemäß — in personeller wie in sachlicher Hinsicht — die „Vorbehalte“ des Präsidenten umfassen oder, wenn man so will, von diesen als Voraussetzungen ausgehen müsse.

Demgemäß dürfte Hindenburg es von vornherein als ausgeschlossen angesehen haben — genau wie am 13. August —, Hitler zum Kanzler einer nicht über eine „arbeitsfähige Reichstagsmehrheit“ verfügenden Präsidialregierung zu machen. Im offiziellen Organ der Nationalsozialisten wird gesagt, daß es doch eine Rückkehr zur parlamentarischen Regierungsform sei, wenn unter den Vorbehalten erwähnt werde, Reichskanzler, Reichswehrminister und Reichsaußenminister müßten in einem Kabinett Hitler auch das Vertrauen einer Reichstagsmehrheit haben. Ähnlich sei es mit den anderen Vorbehalten: keine Abänderung und Abschwächung des Artikels 48, keine Wiederherstellung des politischen Dualismus Reich-Preußen usw. Der Völkische Beobachter meint also, der Reichspräsident wolle zwar eine parlamentarisch ausreichende Grundlage für ein Kabinett Hitlers fordern, schreibe hierfür aber Bedingungen vor, deren Ablehnung durch eine der oder durch überhaupt alle in Frage kommenden Parteien die Mehrheitsbildung für ein derartiges Kabinett ausschließen müsse. Allerdings ist — also durch Verhandlungen mit diesen Parteien — vorläufig noch nichts oder nichts endgültig Entscheidendes festgestellt worden, ob sie die präsidialen Vorbehalte annehmen wollen oder nicht.

Adolf Hitler ist also vor die Tatsache gestellt worden, daß ihm als Führer der größten Partei aber eben doch als Parteiführer nicht die „ganze Macht“, wie etwa dem Reichskanzler Papen, gegen die Mehrheit des Reichstages oder ohne Zustimmung einer arbeitsfähigen Mehrheit in die Hand gegeben werden sollte. Das zu tun hatte Hindenburg ja schon am 13. August abgelehnt. Diese Tatsache ist der eigentliche Drehpunkt der Verhandlungen rings um den Wilhelmsplatz gewesen und hat hüben wie drüben die Entscheidung bestimmt.

Man muß aber angesichts dieses schon recht lange, vielleicht überlange währenden Hin und Her einmal abseits des Wilhelmsplatzes daran erinnern, daß die unentschiedene Krise — wir sind ja erst in ihrem Anfang — eine nicht sehr erfreuliche Rückwirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung ausübt und die von ihr erzeugte Unruhe schon fürbar ein Stöcken und Zögern in dieser Entwicklung hervorgerufen beginnt. Das aber wäre verhängnisvoll; denn heute steht über jeder politischen Krise, ihrer Behandlung und ihren Lösungsversuchen warnend die „Forderung des Tages“, das mahnende Wort: **Arbeitsbeschaffung!** Daran dürfte auch der Reichspräsident denken, wenn er und wie er die Behandlung und Lösung der Krise vorwärts treibt in der Absicht, möglichst schnell eine Regierung zu schaffen, die für feste Ordnung und Sicherheit jenseits aller parteimäßigen Interessenten und Interessen Gewähr bietet.

## Fördert die Ortspresse

# Die Antwort Hitlers an Hindenburg.

## Was Hindenburg von Hitler will.

Frage und Antwort.

Die Rückfrage, die Hitler am Montagabend an Staatssekretär Meißner hat gelangen lassen, die sich mit einem Punkte der Bedingungen Hindenburgs an Hitler beschäftigt, ist am Dienstag vom Reichspräsidenten beantwortet worden. Über den Inhalt sowohl der Rückfrage wie der Antwort wird amtlich noch immer Stillschweigen bewahrt. Doch verlautet aus sicherer Quelle, daß der Kern der Rückfrage dahin geht, ob der Aufruf Hindenburgs an Hitler bedeute, daß dieser eine Präsidialregierung mit parlamentarischen Bindungen bilden solle oder ob er eine parlamentarische Mehrheitsregierung mit Präsidialbindungen zu bilden habe.

Wie verlautet, liegt die Antwort des Staatssekretärs Meißner in der Linie, daß es der Gedanke einer Präsidialregierung a u s s c h i e ß e, daß diese von dem Führer einer politischen Partei gebildet werde. Es läme daher für Hitler nur in Frage, den Versuch zu machen, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zustande zu bringen, und daß für das beabsichtigte Regierungsprogramm wenigstens eine tolerierende Mehrheit im Reichstag gefunden werde.

## Die Vorbehalte Hindenburgs.

In der nationalsozialistischen Darstellung der Auftragserteilung an Hitler ist auch von Vorbehalten Hindenburgs die Rede gewesen, die schriftlich niedergelegt worden sind. Diese Vorbehalte sollen folgenden materiellen Inhalt haben:

1. Keine Veränderung in der Leitung des Reichswehrministeriums, um die Stabilität der Wehrpolitik nicht zu gefährden.
2. Keine Veränderung in der Leitung des Außenministeriums, um nicht die schwebenden internationalen Verhandlungen zu föhren.
3. Fortsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses, der durch das Kabinett Papen eingeleitet worden ist, und deshalb keine Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnungen.
4. Vermeidung von Währungsexperimenten, die das Gefüge der deutschen Wirtschaft erschüttern könnten.
5. Fortsetzung der Reichsreform unter dem Grundsatz einheitlicher politischer Leitung in Reich und Preußen, deshalb keine Veränderung der Verbindung, die jetzt zwischen preussischer und Reichspolitik hergestellt ist.
6. Durchführung der Gesetzgebung auf dem normalen verfassungsmäßigen Weg, d. h. Gesetzgebung durch den Reichstag mit parlamentarischer Mehrheit und nicht durch Notverordnungen auf Grund des Artikels 48, weil solche Notverordnungen nur ein Ersatz für die normale Gesetzgebung sein können.
7. Keine Beschränkung der Präsidialgewalt etwa durch Verminderung der Befugnisse, die im Artikel 48 gegeben sind, d. h. keine Reichsgesetze, die der Anwendung des Artikels 48 durch den Reichspräsidenten Grenzen ziehen.

## Die Auffassung der Nationalsozialisten.

Die Rückfrage Hitlers an Hindenburg über die Art der von ihm zu bildenden Regierung wird im Völkischen Beobachter sekundiert, der betont, daß in der Auftragserteilung Hindenburgs an Hitler politische und parlamentarische Gegenpflichten enthalten seien. Das Blatt schreibt u. a.: Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Rückkehr zur parlamentarischen Regierungsform von den Schöpfern des Gedankens nicht reiflos durchdacht worden sei. Die Abänderung und Abschwächung des Artikels 48 sei eine Forderung, die in der letzten Zeit besonders heftig von den parlamentarischen Parteien erhoben worden sei. Es bestehe demnach die Gefahr, daß gerade in diesem Punkt der Verhandlungsführer, der sich die Zustimmung aller Mehrheitsparteien sichern solle, Forderungen der Parteien gegenüberstehe, die im Gegensatz zu den präsidialen Bedingungen stünden. Ähnliches gelte von der Frage der Rückkehr zum Dualismus Reich-Preußen. Die letzte verfassungsmäßige Entscheidung in der Neuregelung der Verhältnisse Preußens zum Reich liege vorerst immer noch beim Preussischen Landtag. Es lasse sich also nicht ohne weiteres von der Hand weisen, daß der Auftrag des Reichspräsidenten an einem inneren Widerspruch franke. Auf der einen Seite werde ein Auftrag nach streng verfassungsmäßigen Regeln zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung erteilt, auf der anderen Seite stelle man Bedingungen, die die Ausführung des Auftrags nicht nur erschwerten, sondern sogar unbrauchbar machten.

## Die Rechte des Reichspräsidenten.

Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt, daß gleich-

artige Vorbehalte und Bedingungen wie diesmal auch schon in früheren Fällen gestellt worden sind. Bereits Reichspräsident Ebert hat hinsichtlich der Führung der auswärtigen Angelegenheiten und der Befehung des Reichswehrministeriums oft Auflagen gemacht, die von den durch ihn ernannten Kabinetten angenommen wurden.

Nach Ansicht der amtlichen Stellen handelt es sich um etwas ganz Selbstverständliches, wenn zu Beginn einer Regierungsbildung gewisse Grenzen gezogen werden. Ähnliches gilt für andere Punkte, gegen die sich die nationalsozialistische Kritik richtet. Bei den Verhandlungen mit den Parteien ist festgelegt worden, daß alle mit der bisherigen Handhabung des Artikels 48 einverstanden sind.

Überhaupt stellen die Hindenburgschen Bedingungen das Ergebnis der Parteiführerbesprechungen dar. Wie wir hören, hat sich der Reichspräsident bei diesen Besprechungen ausdrücklich versichert, daß keine der Parteien grundsätzlichen Widerstand gegen seine Vorbehalte erheben werde.

## Gegen Gerüchtemacherei.

Weiterhin wendet man sich von maßgebender Seite gegen Gerüchte und Kombinationen, wie sie in der Öffentlichkeit in diesen Tagen verbreitet worden sind. So wird beispielsweise gegen die Behauptung Front gemacht, der Rücktritt der Reichsregierung sei nicht freiwillig erfolgt. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß Reichskanzler von Papen schon unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 6. November den Entschluß gefaßt habe, dem Reichspräsidenten die Demission anzubieten. In der entscheidenden Kabinettsitzung habe Reichskanzler von Papen als erster den Vorschlag zum Rücktritt gemacht, um damit den Weg zur nationalen Konzentration freizugeben.

Auch in den weiteren Besprechungen innerhalb des Reichskabinetts und mit dem Reichspräsidenten habe Reichskanzler von Papen diesen Standpunkt vertreten.

Papen hat auch dem Reichspräsidenten aufs wärmste nahegelegt, den Auftrag an Hitler zu erteilen. Auch Behauptungen, daß eine Reihe ostpreussischer Herren vom Reichspräsidenten zu den Besprechungen herangezogen worden sei, u. a. Herr von Oldenburg-Jamshagen und Herr von der Osten, werden auf das entschiedenste in Abrede gestellt. Nachdrücklich wird von den zuständigen Stellen den Versuchen gewisser Kreise entgegengetreten, den ernsthaften Charakter der Verhandlungen, die Hindenburg mit der Beauftragung Hitlers eingeleitet hat, in Zweifel zu ziehen. Was die Unterredung angeht, die der Reichspräsident mit dem Reichskanzler von Papen hatte, so wird darauf hingewiesen, daß der Reichspräsident seine weiteren Entscheidungen selbstverständlich auch mit dem amtierenden Reichskanzler bespricht.

## Hitler vertagt die Entscheidung.

Die Antwort erfolgt am Mittwoch. Verstärkte Bedenken der NSDAP.

Die Entscheidung Adolf Hitlers, ob er den Auftrag des Reichspräsidenten von Hindenburg zur Bildung eines Kabinetts auf parlamentarischer Grundlage annehmen will, ist am Dienstagabend nicht mehr gefallen und wird erst am Mittwoch im Laufe des Vormittags erfolgen.

Es ist anzunehmen, daß das Antwortschreiben Mittwoch vormittag dem Reichspräsidenten übergeben wird. In den Abendstunden des Dienstag haben sich in den nationalsozialistischen Kreisen die Bedenken gegen die Annahme des Auftrags verstärkt, da eine indirekte Kühlungnahme mit den anderen Parteien doch nicht das Ergebnis hatte, das man zunächst zu erwarten schien, andererseits die Bedingungen des Reichspräsidenten, wie aus der Antwort des Staatssekretärs Meißner auf die Rückfragen hervorging, durch aus unverändert geblieben sind. Trotzdem läßt sich noch in keiner Weise absehen, wie die endgültige Antwort Adolf Hitlers ausfallen wird.

## Schacht für Hitlers Kanzlerschaft.

Der zur Zeit in Berlin weitende Chefredakteur der Nordwestdeutschen Zeitung, Bremerhaven, draberte seinem Blatt eine Unterredung mit dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Auf die Frage, ob Schacht nicht Reichskanzler werden wolle, antwortete dieser: „Es gibt nur einen, der heute Reichskanzler werden kann, und das ist Adolf Hitler!“ Wird Adolf Hitler auf die Bedingungen eingehen, die man ihm bei der Übertragung der Mission auferlegt? war die zweite Frage. Antwort: „Man darf einem Mann, der eine große Aufgabe und damit eine große Verantwortung übernimmt, diese Aufgabe nicht durch Bedingungen einschränken — hinsichtlich der anzuwendenden Methoden.“

„Bei Gelegenheit“, fuhr Schacht fort, „bitte ich Sie, folgendes zu veröffentlichen: Hitler hat am 13. August nicht gesagt: Ich will die ganze Macht, sondern: Ich will